

Priwall: Stadt lehnt das Projekt der Bürgerinitiative ab

Lübeck - Ein Ort, zwei Projekte: Jetzt hat sich die Verwaltung eindeutig für das Waterfront-Vorhaben ausgesprochen. Sie hält das Konzept der Bürgerinitiative für „nicht umsetzbar“.

Das Urteil ist vernichtend: Das Konzept der Bürgerinitiative sei „bei weitem nicht ausreichend“. Damit hat die Stadtverwaltung dem Projekt der Bürgerinitiative für eine behutsame Priwallentwicklung (BIP) eine klare Absage erteilt. Das geht aus einem Papier hervor, das am Montag im Wirtschaftsausschuss debattiert wird. Die angegebenen Einnahmen der BIP seien „nicht nachvollziehbar“, heißt es weiter. Es gebe keinen Investor oder Betreiber, der die Zahlen bestätigt – und außerdem gebe es keinen „finanziell und inhaltlich verantwortlichen Projektentwickler“. Das Fazit: „Das Konzept der BIP ist für die Stadt nicht umsetzbar.“ Deshalb setzt die Verwaltung jetzt voll auf das Waterfront-Projekt von Investor Sven Hollesen. „Angesichts der wachsenden Konkurrenz an der Ostseeküste“ will die Hansestadt das Waterfront-Projekt nun beschleunigt realisieren – und empfiehlt, „die Diskussion über das Konzept der BIP zu beenden“.

Das lässt Siegbert Bruders von der BIP nicht auf sich sitzen. „Bausenator Franz-Peter Boden (SPD) treibt Priwall-Waterfront mit Basta-Politik voran“, kontert er. Bei Waterfront sei alles gut, bei dem BIP-Konzept alles schlecht. Solch eine Bewertung sei „doch peinlich“. Der Vorwurf, dass die BIP keine Investoren habe, zieht seiner Ansicht nach nicht. „Herr Hollesen hat ja auch keine Investoren.“

Der hatte im Ortsrat erklärt, durch die Finanzkrise sei es schwieriger geworden, Geldgeber zu finden. Sauer ist auch Eckhard Erdmann, Vorsitzender der BIP: „Der Vergleich ist schlichtweg unseriös!“ Es sei kurzsichtig von Boden, das Waterfront-Projekt mit Macht durchzusetzen. „Wir Priwallianer werden uns zu wehren wissen“, so Erdmann. Und Bruders kündigt an: „Wir werden in jedem Fall klagen – wegen der Verstöße gegen Natur- und Nachbarschaftsschutz.“

Enttäuschung herrscht bei den Grünen und Linken, die sich für das BIP-Konzept eingesetzt hatten. Linken-Chefin Antje Jansen glaubt, dass beide Vorhaben nicht gleichberechtigt und fundiert geprüft wurden. „Da werden wir nachhaken.“ Man könne die Einwände der Bürger „nicht einfach so vom Tisch wischen“. Carl Howe von den

Grünen überraschen die Aussagen der Verwaltung nicht. „Sie will eben das Waterfront-Projekt.“ Er hält es für schwierig, das Ruder jetzt noch einmal herumzudrehen, denn die SPD hat sich mittlerweile auch positioniert – auf der Seite Waterfront. Wolfgang Hovestädt, Chef der Travemünder Genossen: „Das Ergebnis ist für die BIP nicht besonders schmeichelhaft, fast schon als niederschmetternd zu bezeichnen.“ SPD-Fraktionschef Peter Reinhardt sagt klar: „Wir wollen mehr Tourismus, keine Wohnungen.“ Hollesen habe das Grundstück bereits gekauft, von der BIP hingegen gebe es gar kein Kaufangebot. „Mein Eindruck ist, dass die Zahlen der BIP hinten und vorne nicht stimmen“, erklärt CDU-Fraktionsvize Klaus Petersen. Das Waterfront-Projekt hingegen sei „für Travemünde der bessere Weg“. Damit scheinen die Würfel für die 200 Millionen Euro teure Ferienanlage auf dem Priwall gefallen – es sei denn, die SPD überlegt es sich wieder anders.

Investor Hollesen arbeitet seit 2006 an dem Projekt, durch das auf dem Priwall insgesamt bis zu 3000 Betten entstehen sollen. Das soll eine halbe Million an zusätzlichen Übernachtungen bringen und 300 bis 400 neue Arbeitsplätze schaffen. Bebaut werden 60 000 bis 70 000 Quadratmeter. Die BIP wollte hingegen nur 10 000 Quadratmeter bebauen, dafür sollten schicke Wohnungen errichtet werden und 750 neue Tourismusbetten entstehen.

Von Josephine von Zastrow